

Datacenter: Vier dafür, fünf Enthaltungen und zwei dagegen

BISSEN Definitive Abstimmung zur PAG-Änderung

Roger Infalt

Am 7. Januar dieses Jahres hatte der Gemeinderat die provisorische Genehmigung zur punktuellen Änderung des Bebauungsplans auf „Busbiert“ erteilt. Dort hat Google – obschon dieser Name in keinem der offiziellen Dokumente genannt wird – ein 35 Hektar großes Areal erstanden, mit dem Ziel, dort eventuell ein Datacenter zu errichten. Am Donnerstag stand nun die zweite und definitive Abstimmung über diese PAG-Änderung auf der Tagesordnung. Und diesmal ging es hoch her.

Im Sitzungssaal herrschte großes Gedränge. Der Bürgermeister machte einen Rückblick auf das, was sich bis dato im Dossier getan hat, dabei gab es aber fast nichts Neues gegenüber dem, was man beim provisorischen Votum im Januar zu hören bekam. Er sprach u.a. von 143 schriftlich eingereichten Reklamationsschreiben, von Aktionen der Bürgerinitiative und von einer offiziellen Opposition des „Mouvement écologique“. Es fehlen nach wie vor wichtige Informationen in diesem Dossier, das, so (nicht nur) die Oppositionsräte, von völliger Intransparenz geprägt sei.

Richtig ist, dass in all den Monaten, in denen über dieses Mega-Projekt bereits die Rede geht, die Gemeinderäte und die Bürger wenige, um nicht zu sagen keine Informationen zum Vorhaben des Internetgiganten erhalten haben. Es fand zwar Ende Januar dieses Jahres eine Informationsversammlung statt, doch die hatte diese Bezeichnung nicht verdient, denn Information sieht anders aus. Die Anwesenden wurden jedenfalls nicht schlauer.

Nun kann man darüber spekulieren, ob es von vornherein so gewollt war oder ob man die Sache lediglich falsch angepackt hat. Eines ist aber sicher: Sowohl der CSV-Gemeindevater Jos Schummer als auch die Mitarbeiter des Studienbüros Zeyen&Baumann gaben sehr offensichtlich nur scheinbar Informationen preis, und das dann auch fast nur über die angewandte Methodik der vom Gesetz her erforderlichen Studien im Rahmen einer Erstellung eines allgemeinen Bebauungsplans (PAG), aber kaum über die Resultate.

Den Einwohnern, die sich an jenem Abend neben den Mitgliedern des Schöffen- und Gemeinderates eingefunden hatten, wurde noch einmal anhand von Schemata und Karteneintragungen vor Augen geführt, wo genau das Areal liegt, auf dem eventuell ein Datacenter errichtet werden soll, dessen Gebäude rund 88.000 Quadratmeter der Gesamtfläche einnehmen sollen. Die Gebäudehöhen wurden auf maximal 25 bzw. 33 Meter festgelegt.

Nebenschauplatz ...

Anschließend gab es noch eine kurze Übersicht über die angewandte Methodik der strategischen Umweltprüfung. Resultate gab es auch hier wenige zu hören. Ja, es gebe Fledermäuse auf die-



Besorgte Bürger: Rund 60 Einwohner hatten sich eingefunden

sem Areal, ja, es gebe auch unzählige Vogelarten, aber eigentlich sei das Gelände nicht „lebensnotwendig“ für diese Tiere. Spätestens hier waren einige Stimmen im Saal laut geworden, die zusätzliche Informationen dazu haben wollten. Sie warten noch heute darauf.

In der Zwischenzeit hat sich zudem ein Nebenschauplatz aufgetan. Dabei geht es um die Terrains, die für den Bau der Zufahrtsstraße zum späteren Datacenter gebraucht werden. Auch hierzu sollte am 11. April eine „Modification ponctuelle Kaudejenken et Seif“ verabschiedet werden. Dieser Punkt wurde aber kurzfristig vom Bürgermeister von der Tagesordnung genommen, weil die Stimmung im Sitzungssaal zu kippen drohte.

Zusammengefasst muss man sagen, dass sich viele Bürger die Frage stellen, warum in dem gesamten Dossier dermaßen Still-schweigen bewahrt wird. In einem Radio-Interview hatte CSV-Bürgermeister Schummer zu verstehen gegeben, er kenne alle Zahlen betreffs des Projekts Datacenter, doch es sei ihm untersagt, etwas dazu zu sagen. Solche und ähnliche Aussagen erhitzen natürlich die Gemüter.

... Gegenstimmen

Doch zurück in den Sitzungssaal des Bissener Gemeinderates. Als Sprecher der fünfköpfigen Oppositionsfraktion „Är Leit“ stellte Rat David Viaggi die katastrophale Informationspolitik an den Pranger.

Man habe im Januar die Zustimmung zur provisorischen Abstimmung über die punktuelle PAG-Änderung gegeben, in der Hoffnung, man würde dann endlich die Antworten auf die zahlreichen offenstehenden Fragen bekommen. „Was wird genau dort gebaut? Wie wird sich das 25 bis 33 Meter hohe Gesamtprojekt auf das dortige Landschaftsbild auswirken? Wie ist es um die Lichtverschmutzung bestellt? Was wird in puncto öffentlicher Transport unternommen? Wel-



Kam gehörig ins Schwitzen: Bürgermeister Jos Schummer

che Konsequenzen wird das Datacenter für die jetzt bereits alarmierende Verkehrssituation auf Roost und auch im Kern von Bissen haben? Und was wird unternommen, um diese Situation zu verbessern? Wie sieht es mit der Abführung des Oberflächenwassers aus? Werden diesbezüglich Wasserrückhaltebecken eingeplant? Wie werden die lang andauernden Bauarbeiten organisiert? Auf welche Art und Weise wird das Datacenter später gekühlt? (...)“ Da diese und andere Fragen zur Lebensqualität der Bürger noch immer offen im Raum stünden, werde sich die „Är Leit“-Fraktion bei diesem Votum enthalten. Die Enthaltung basiere auf der kürzlichen Aussage der Regierung, die unterstreicht, dass im Fall, wo das Datenzentrum nicht gebaut werden kann, das gesamte Areal vom Promotor „London Bridge“ an den Luxemburger Staat zurückverkauft wird. Anschließend werde die Regierung entscheiden, was auf dem Gelände gebaut wird. Eine Aussage, die von vielen anwesenden Bürgern als Erpressung angesehen wird.

Christian Hoscheid (CSV) gab zu verstehen, dass es bei dieser Änderung des Bebauungsplans

nicht nur um „Google oder nicht Google“ geht, sondern auch um das Landschaftsbild rund um Bissen für die nächsten Jahrzehnte. „Wir erlauben hiermit u.a. Gebäude bis zu einer Höhe von 35 Metern Höhe, um nur dieses Beispiel zu nennen. Wir traten als CSV Bissen bei den letzten Wahlen an mit der Aussage, dass wir für ein moderates Wachstum stehen. Es geschieht aber genau das Gegenteil. Aus diesen und anderen Gründen stimme ich gegen diese Änderung.“

Cindy Barros (CSV) meinte, man hätte weit mehr mit den Bürgern reden müssen, anstatt dass man sie bis dato in Unwissenheit gelassen habe. Aus vielerlei Ursachen, die zum Teil bereits von Rat Hoscheid erwähnt wurden, stimme sie ebenfalls gegen die Umänderung.

Das anschließende Votum zur Änderung des Bebauungsplans ergab folgendes Resultat: Vier Ja-Stimmen (Schummer, Clement, Mulbach, Fagny, alle CSV), fünf Enthaltungen (Viaggi, Englebert, Brune, Lucius, Sauerfeld, alle „Är Leit“) und zwei Gegenstimmen (Barros, Hoscheid, beide CSV). Allein die beiden Gegenstimmen wurden mit viel Applaus des Plenums quittiert.

Hintergrund

Laut Aussagen, die der Internetgigant Google gemacht haben soll, werde in Bissen voraussichtlich das Herzstück des Unternehmens für Europa gebaut. Doch bis der erste Bagger dort fährt, bleiben noch viele Hürden zu bewältigen.

Eine erste bestand in der Umklassierung des genannten, in seiner Fläche etwa 50 Fußballplätzen gleichkommenden Areals in eine „Zone spéciale Datacenter“. „Somit ist klar festgehalten, dass auf dieser grünen Wiese lediglich ein Datacenter errichtet werden darf, und nichts anderes“, sagte Bürgermeister Jos Schummer (CSV) am 7. Januar dieses Jahres. Und weiter:

„Diese Umklassierung ist lediglich ein Wink an das Unternehmen, dass die Gemeinde Bissen gewillt ist, ein Datacenter aufzunehmen.“

Bis zu einem Baubeginn bedürfe es jedoch noch vieler Informationen zum Projekt, die aber bis dato immer noch nicht vorliegen. Und dennoch stimmten alle Räte am 7. Januar die erwähnte provisorische Änderung des Bebauungsplans, in der Hoffnung, man erhalte damit endlich wichtige Informationen des Unternehmens, so z.B. über den genauen Umfang des Projekts, über den Strom- und Wasserverbrauch, über die Kühlung des Datenzentrums usw., usf.

Unseren Informationen zufolge sieht das Projekt mehrere Gebäude vor, die zwischen 25 und 33 Meter hoch werden sollen.

Das Gesamtvorhaben soll rund eine Milliarde Euro kosten, die Bauzeit wird mit voraussichtlich acht bis zehn Jahren angegeben. Später sollen dort 300 Angestellte arbeiten.